



Landesverteidigungsakademie
Wien

NUKLEARVERHANDLUNGEN MIT DER ISLAMISCHEN REPUBLIK IRAN – NACH DEM ABKOMMEN IST VOR DEM ABKOMMEN

Walter Posch

In der Nacht zum 2. April 2015 verkündeten die EU Außenbeauftragte Federica Mogherini und der Außenminister der Islamischen Republik Iran, Javad Zarif, den Durchbruch bei den Verhandlungen über das umstrittene iranische Nuklearprogramm. Bis zum finalen Abkommen, das Ende Juni 2015 unterzeichnet werden soll, muss noch eine Reihe von heiklen technischen und rechtlichen Details geklärt werden. Neben dem Widerstand aus Israel, von gewissen Kreisen in den USA und iranischen Extremisten könnte ein Abkommen vor allem an unterschiedlichen Vorstellungen über die Rolle der Islamischen Republik in der Region scheitern.

Spätestens seit den 1970er Jahren stellt Iran den Anspruch auf Regionalmachtstatus. Dieser bezog sich zunächst auf den „Persischen“ Golf, daneben jedoch auch auf die Levante. Daran hat sich unter der Islamischen Republik wenig geändert. Außer, dass die schiitischen Iraner ihre Isolation von der sunnitisch-arabischen Welt mithilfe des revolutionären, daher überkonfessionellen Islamismus überwinden wollten. Dessen Hauptanliegen ist die Unterstützung der Palästinenser, also der Kampf gegen Israel.

Diesem Ziel sollte der Aufbau bzw. die Unterstützung radikaler Gruppen wie des Palästinensischen Islamischen Jihad (PIJ), der PLO und später der HAMAS sowie vor allem der Hizbollah im Libanon dienen. Das Bündnis mit Syrien im ersten Golfkrieg (1980-88) war rein strategischer Natur und

gegen den Irak gerichtet. Nach dem langen Krieg fand Teheran einen neuen ideologisch-politischen Rahmen für seine Partner und Verbündeten: die sogenannte *Widerstandsachse*, die formell gegen Israel gerichtet war, vereinte gleichzeitig die wichtigsten Gegner Saudi Arabiens.

Konkurrenz mit Saudi Arabien

Der Streit um die Einflussphären zwischen Iran und Saudi Arabien ist neben dem Palästina-Konflikt die wichtigste strategische Konstante im Nahen Osten. Diese Auseinandersetzung hat sich nach der Revolution im Iran 1979 verschärft. In der Regel vermeiden Iran und Saudi Arabien aber eine direkte Konfrontation. Auch wenn Teheran unter Khomeini versuchte, die Schiiten in der Golfregion und in Saudi Arabien gegen ihre

Herrscher aufzustacheln und die Saudis radikale Gruppen unter den geschätzten 35% iranischer Sunniten unterstützten: In der Regel beschränkten sich beide Seiten aber auf Propaganda und diplomatisches Geplänkel.

Aus saudischer Sicht zerstörten die USA die heikle Machtbalance in der Region, weil sie Teheran strategische Vorteile verschafften, indem sie seine Erzfeinde – die sunnitischen Taliban in Afghanistan 2001 und Saddam Hussein im Irak 2003 – vertrieben. Mit dem Ende Saddams wurde auch der pan-arabische Nationalismus als maßgebliche politische Kraft im Nahen Osten zum Zug durch den Konfessionalismus, also den Gegensatz der beiden Konfessionen Schia und Sunna, ersetzt.

Amerikanische Versuche der Demokratisierung autoritärer Regime in der Region missfielen vor allem Saudi Arabien, dessen Eliten Demokratisierung mit Schiitisierung gleichsetzten und darin nicht zu unrecht eine weitere Stärkung der Position Irans in der Region sahen. Als 2006 nach dem 33-Tage Krieg Israels gegen die Hizbollah das Prestige Teherans in der arabischen Welt einen Höhepunkt erfuhr, reagierten die Saudis und warnten die Weltgemeinschaft und die arabische Öffentlichkeit gleichermaßen vor einem „schiitischen Halbmond“, der von Teheran über Bagdad, Damaskus und Libanon bis nach Palästina reichen soll.

Der Sturz des ägyptischen Präsidenten Mubarak und die Proteste in Bahrain 2011 verschärften die Lage weiterhin. Die Ereignisse in Bahrain waren für Riad besonders gefährlich, da sich politische Aktivisten der ost-saudischen Schiiten mit ihren Glaubensbrüdern solidarisierten. Die saudische Intervention in Bahrain und die Unterstützung des säkularen Generals Sisi in Ägypten gegen die politisch unerfahrene Regierung der Moslembruderschaft sind vor diesem Hintergrund zu verstehen. In beiden Fällen wurde aus saudischer Sicht in letzter Minu-

te eingegriffen, bevor Teheran sich in Kairo oder Manama richtig etablieren konnte.

Im Zuge seiner Bestrebung, den iranischen Einfluss einzuhegen, gelang es Riad, Teheran in den Augen der überwiegend sunnitischen Araber auf konfessioneller Basis zu desavouieren. Die saudische Diplomatie musste aber mit Befremden feststellen, dass die westlichen Staaten mit der Islamischen Republik auf Augenhöhe über ihr Nuklearprogramm verhandelten und damit den iranischen Führungsanspruch in der Region implizit anerkennen.

Iran als nukleare Schwellenmacht

Das Nuklearprogramm soll Teherans Führungsanspruch doppelt untermauern: indem Iran das Ringen um Einfluss und Prestige gegen Saudi Arabien gewinnt und gleichzeitig Israel in die Schranken weist. Dieses Ziel lässt sich schon dadurch erreichen, dass die Iraner an der Schwelle zur Atommacht stehen bleiben.

Die Vorteile dieser Politik liegen auf der Hand: atomwaffenfähig, aber nuklear unbewaffnet wäre die Islamische Republik eine „nukleare Schwellenmacht“, würde also auf regionaler Ebene wie eine Atommacht behandelt werden müssen. Denn ein Abkommen würde Irans Nukleartechnologie zwar beschränken und es strengen Kontrollen durch die IAEO unterwerfen, technische Kernkompetenzen blieben jedoch bestehen. Beschränkt auf die globale Ebene und die völkerrechtlichen Aspekte, ist ein derartiges Resultat für die westlichen Verhandler durchaus als Erfolg zu werten. Aus Sicht der iranischen Hauptkontrahenten Israel und Saudi Arabien ist dies jedoch aus unterschiedlichen Gründen untragbar.

Für Israel bedeutet ein eingehaftes iranisches Nuklearprogramm keine direkte militärische Bedrohung, stellt Tel Aviv jedoch vor ein diplomatisches Dilemma: da Iran den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet

hat und die Inspektoren der IAEA in das Land lässt, wird der diplomatische Druck auf Israel, ebenfalls diesem Vertragswerk beizutreten, zunehmen. Zumal die EU und wichtige prowestliche arabische Staaten seit Jahren einen „Nahen Osten ohne Massenvernichtungswaffen“ fordern. Dass Iran die regionale Nuklearabrüstung unterstützt ist angesichts des strategischen Resultats logisch. Denn käme es tatsächlich dazu wäre dies zum Nachteil Israels: Iran würde nämlich seine *Atomwaffenfähigkeit* nicht verlieren, während Israel sein *Nukleararsenal* deklarieren und in weiterer Folge sogar reduzieren oder gar aufgeben müsste.

Als einziges Mittel, diese Entwicklung zu verhindern, bleibt den Israelis, das Nuklearrabkommen zu torpedieren, indem sie Iran als die nukleare Bedrohung des Weltfriedens schlechthin darstellen. Erfolgreich war die israelische Öffentlichkeitsarbeit insoweit, als es in den ersten Jahren der Nuklearverhandlungen gelang, die europäische Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Den Verlauf der Verhandlungen konnten sie jedoch nicht beeinträchtigen und angesichts der Verschärfung der Konfessionskriege in Irak und Syrien muss sich die Regierung in Tel Aviv fragen, ob ihre aggressive Rhetorik Israels Glaubwürdigkeit mehr schadet als nützt.

Eskalation um Syrien

Teheran weigerte sich lange, die Konfessionalisierung des politischen Deutungsrahmens in der Region zu akzeptieren und hielt an der vom Revolutionsführer ausgegebenen Lesart, es handle sich beim „arabischen Frühling“ um eine islamische Revolution, die letzten Endes Iran zugute käme, fest. Spätestens gegen Ende 2013 war dies nicht mehr möglich. In den Jahren zuvor (2011-12) hatte Teheran vergebens versucht, mit der syrischen Opposition ins Gespräch zu kommen. Als dies unter anderem auf saudischen Druck hin scheiterte, blieb den Iranern nur mehr die Option, Assad bis zum Sieg oder bitteren Ende zu unterstützen.

Mit der von Teheran initiierten Teilnahme der libanesischen Hizbollah am syrischen Bürgerkrieg auf Seiten des Regimes und von den Iranern ausgebildeten Kämpfern der HAMAS auf Seiten der Opposition war der Versuch einer überkonfessionellen Regionalpolitik Irans endgültig gescheitert.

Teheran blieb nun keine andere Option, als die Konflikte in der Region ebenfalls konfessionell zu lesen und in seiner eigenen Propaganda alle Anschuldigungen Saudi Arabiens aufzunehmen und ins Positive zu wenden: detailreich wurde nun aus saudischen und internationalen Zeitungen zitiert, wie groß der iranische Einfluss unter den Schiiten in der Region sei. Selbst die Huthis im Jemen, Anhänger einer schiitischen Richtung, die kaum Berührungspunkte mit der iranischen Schia hat, wurden von Teheran beansprucht.

In der Realität war Iran im Jemen eher schwach aufgestellt, lose Kontakte gab es zwar über die Jahre, doch die Entscheidung, Waffen an die Huthis zu liefern, ist eher den Umständen und weniger einer langfristigen Strategie zuzuschreiben. Anders verhält es sich im Irak, wo Teheran und seine Vertrauensleute im irakischen Sicherheitsapparat seit 2014 schiitische Milizen aufbauen. Die Rolle des Kommandanten der Qods-Einheit der iranischen Revolutionsgarden, Generalmajor Qassem Soleymani, wird dabei sowohl von iranischen als auch internationalen Medien immer wieder betont. Der Erfolg gibt Teheran recht: unter iranischer Führung gelangen den Irakern Erfolge gegen den IS und syrische Regierungstruppen konnten sich dank iranischer Unterstützung halten.

Mit seiner konsistenten Haltung gelingt es Teheran, sowohl sein eigenes Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen – z.B. im Kampf gegen den Islamischen Staat – als auch seine regionale Einflussphäre zu wahren.

Ordnungspolitische Gegensätze

Damit sind die unterschiedlichen westlichen

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungs- akademie

April 2015

und iranischen Ordnungsvorstellungen für die Region verdeutlicht: den Iranern wird zugestanden, dass sie ihre legitimen Sicherheitsinteressen im Nachbarstaat Irak wahrnehmen, sofern diese gegen den gemeinsamen Feind IS gerichtet sind. Doch in Syrien sind die Positionen hinsichtlich des Verbleibs oder Sturzes Assads, der immerhin für den Großteil der zivilen Opfer verantwortlich zeichnet, unvereinbar. Die positive Berichterstattung im Westen und fallweise diplomatische Aufwertung des syrischen PKK-Ablegers PYD, der sich im Kampf gegen den IS bewährt hat (z.B. im Zuge der Kämpfe um Kobane), ist durchaus an die Adresse Teherans und Damaskus' gerichtet und soll die „Gemeinsamkeit“ des Kampfes gegen IS relativieren.

Daher sind temporäre amerikanisch-iranische Kooperationen im Irak nichts weiter als Episoden einer an widersprüchlichen Allianzen reichen Region zu werten. Die weitere Entwicklung im Irak birgt bereits den Keim des Zusammenbruchs des stillen Einverständnisses zwischen Teheran und Washington in sich. Denn die USA können das Ersetzen der irakischen Armee durch pro-iranische Milizen bestenfalls als Notlösung dulden, nicht jedoch als Dauerzustand akzeptieren. Am ehesten böte sich Kooperation dann an, wenn die internationale Gemeinschaft Teherans Hilfe als Vermittler eines Waffenstillstands in Syrien in Anspruch nehmen würde, wovon zurzeit keine Rede sein kann. Und selbst dann bliebe die Frage nach der Rolle der Hizbollah ungelöst. Anders ausgedrückt: mit oder ohne Nuklearabkommen stehen die westlichen Staaten auf der Seite Saudi Arabiens und Israels, wenngleich dieses Verhältnis immer wieder harten Belastungsproben ausgesetzt ist.

Auswirkungen eines Nuklearabkommens

Ein erfolgreiches Nuklearabkommen würde für zukünftige iranische Regierungen bindend sein und könnte Beispielwirkung für andere nukleare Schwellenstaaten haben.

Gleichzeitig stellt es die Region, aber auch die EU und die USA, vor eine neue strategische Situation, die neue Antworten fordert.

- a) Ein Abkommen würde sich auf die *Position Saudi Arabiens* auswirken. Die kleineren Golfstaaten würden die saudische Einflussphäre zwar nicht ganz verlassen, doch aus Eigeninteresse gezwungen sein, deutlich mehr als bisher auf die Interessen Teherans Rücksicht zu nehmen.
- b) Es würde *nukleare Parität mit Israel* herstellen und das israelische Abschreckungspotential relativieren. Damit würden andere strategische Faktoren für Israel bedeutender werden, wie die Kleinheit des Landes, die politische Isolation von den arabischen Nachbarstaaten und die ungelöste Palästinafrage.
- c) Es würde Teheran erlauben, seinen *Regionalmachtanspruch* selbstbewusster bzw. aggressiver zu vertreten. Das ist gegenwärtig zwar nicht zu erwarten, doch die jetzige Führungselite tritt in den kommenden Jahren ab und wird von der radikaleren Generation der Frontkämpfer ersetzt werden.
- d) Für die EU wäre ein Abkommen zunächst ein diplomatischer Erfolg. Angesichts der veränderten Lage sollte nun ein neues Strategiepapier für die bilateralen EU-Iran-Beziehungen formuliert werden, wo andere Kernthemen wie europäische Energiesicherheit, regionale Sicherheit und Menschenrechte mitberücksichtigt werden.
- e) Für die USA gilt es nun abzuwägen, wie sich die Übereinkunft mit Iran auf der regionalen Ebene auswirken wird. Das erfordert eine Gratwanderung zwischen Unterstützung der Verbündeten Israel und Saudi Arabien einerseits und Deeskalation mit Iran auf der anderen Seite. Washington wird die Frage, wie viel iranischen Einfluss die USA in der Region zu akzeptieren bereit sind, beiden Seiten beantworten müssen.